



Heidrun Bluhm

Mitglied des
Deutschen Bundestages

- Mitglied im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung
- Mitglied und Obfrau im Petitionsausschuss
- stellv. Mitglied im Haushaltsausschuss

Impressum:

Deutscher Bundestag
Büro Heidrun Bluhm
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Tel.: 030 22770255

Fax: 030 22776155

E-Mail: heidrun.bluhm@bundestag.de

www.heidrun-bluhm.de

V.i.S.d.P.: Heidrun Bluhm

Die Unternehmenssteuerreform: ein Gesetz zur Profitmaximierung der Unternehmen

Die Unternehmenssteuerreform, von der Bundesregierung im März 2007 im Kabinett beschlossen, von der Großen Koalition im Mai 2007 in einer Woche im Bundestag durchgepeitscht, zeigt einmal mehr: Die Große Koalition macht Politik für das Kapital und die großen Unternehmen, die Bürgerinnen und Bürger hingegen werden weiter belastet. Wir, DIE LINKE im Bundestag, sind der Meinung, dass es in einer Zeit, in der Deutschland erneut seine Wettbewerbsfähigkeit als Exportweltmeister unter Beweis gestellt hat, ein Skandal wäre, den Unternehmen weitere Steuergeschenke zu machen. Der Gesetzentwurf sieht im Kern eine Senkung der Steuersätze für Aktiengesellschaften und GmbHs von derzeit 38 Prozent auf unter 30 Prozent vor. Allerdings zahlt kaum ein Groß-Unternehmen den in Deutschland gültigen offiziellen nominalen Steuersatz von 38,6 Prozent. Steuerexperten schätzen den effektiven Steuersatz auf lediglich 16 Prozent. Strebte der Finanzminister anfangs noch eine „Aufkommensneutralität“ durch Gegenfinanzierungsmaßnahmen an, haben sich CDU/CSU und SPD nun mit Steuerausfällen in Höhe von bis zu 8 Milliarden Euro jährlich abgefunden. Auch Länder und Kommunen müssen erhebliche Mindereinnahmen verkraften, obwohl sie allein wegen ihrer Schuldenberge und dringender Investitionen in den nächsten

Jahren auf jeden Steuer-Euro angewiesen wären.

Die großen DAX-Unternehmen steuern auf neue Rekordgewinne zu. Dagegen werden die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes mit Sozialabbau, Steuererhöhungen und dem Zusammenstreichen von Steuererleichterungen wie der Pendlerpauschale und dem Sparerfreibetrag immer weiter belastet. Die Milliardengeschenke an die Unternehmen verschärfen die von der großen Koalition zu verantwortende Umverteilung von unten nach oben weiter.

Würde die Bundesregierung auf die Unternehmenssteuerreform verzichten, könnten dringend notwendige Investitionen in Bildung, Forschung und Kleinkinderbetreuung und der Ausbau eines öffentlich geförderten Beschäftigungssektors finanziert werden. So ist die Finanzierung des Ausbaus von Krippen und Kindergärten immer noch ungeklärt. Selbst wenn dies geklärt ist, sollen sie erst ab 2013 zur Verfügung stehen. Deutschland kann auf weitere Steuereinnahmen in Milliardenhöhe nicht verzichten – gerade im Hinblick auf den gigantischen Schuldenberg von Bund, Ländern und Gemeinden.

Die Unternehmenssteuerreform feuert den Steuerwettlauf in Europa weiter an. Es droht ein Wettlauf um die günstigsten Steuerquoten für Unternehmen, bei der die Staaten Europas die Verlierer

sind und ein soziales und solidarisches Europa schlichtweg nicht mehr finanzierbar ist. Wir – DIE LINKE – appellieren

daher an die Kanzlerin, die Ratspräsidentschaft zu nutzen, um eine Steuerharmonisierung in Europa voranzubringen. Wir

brauchen soziale Mindeststandards und Untergrenzen für die Unternehmenssteuern in Europa.

Urabstimmung auch in MV ein Erfolg

Nun steht der Partei DIE LINKE nichts mehr im Wege: Von den 46.041 Mitgliedern der Linkspartei.PDS, die sich an der Urabstimmung beteiligt haben, haben 96,9 Prozent für den Verschmelzungsvertrag und somit für eine neue Partei gestimmt. Besonders stolz macht mich natürlich die hohe Beteiligung an der Urabstimmung aus meinem Landesverband Mecklenburg-Vorpommern. Dieser verzeichnete mit 97,5 Prozent Ja-Stimmen die höchste Zustimmung. Eine überwältigende Mehrheit für das Projekt einer gesamt-

deutschen Linkspartei. Unser großartiges Wahlergebnis in Bremen und damit der Einzug in die Bürgerschaft in Fraktionsstärke bringen uns einen weiteren kräftigen Impuls für DIE LINKE. Das ist für unsere Partei ein klarer Auftrag und ist zugleich eine große Verpflichtung, der wir nun gerecht werden müssen. Auch in Mecklenburg-Vorpommern können wir nicht einfach nur 96 neue Mitglieder der ehemaligen WASG aufnehmen und zur Tagesordnung übergehen. Der Gründungsparteitag der Partei DIE LINKE. Mecklenburg-Vor-

pommern am 23. und 24. Juni 2007 in Rostock darf und wird sich nicht nur formell, sondern auch inhaltlich mit den neuen Erfordernissen linker Politik auseinandersetzen. Wir müssen stärker deutlich machen, dass nur die LINKE für soziale Gerechtigkeit steht und sich gegen sinnlose Privatisierungen und Armutsgesetze a la Hartz IV stark macht.

Denn: Egal woher wir kommen, wohin wir gehen, Gerechtigkeit bleibt unser Ziel.

Kompetenz vor Ort – Bluhm on Tour

Am 27.06.2007 ist es soweit! Dann starte ich meine Sommer-Infotour durch meinen Wahlkreis in Mecklenburg-Vorpommern. Unter dem Slogan „Bluhm on Tour“, werde ich in der Zeit vom 27. Juni bis 20. Juli 2007 in Ortschaften der Landkreise Bad Doberan, Güstrow, Waren (Müritz), Mecklenburg-Strelitz und Uecker-Randow Station machen.

Meine Partei ist eine Partei für den Alltag - nicht nur für Wahltage! Das heißt für mich: Das direkte Gespräch mit den Menschen suchen, ihre Fragen und Probleme aufnehmen und daraus Anregungen für konkrete Initiativen und die parlamentarische Arbeit der Fraktion abzuleiten! Zugleich ist mir wichtig, die Politik der Linksfraktion im Deutschen Bundestag gerade dort den Menschen

nahe zu bringen, wo DIE LINKE.PDS nicht mehr oder nur noch sehr eingeschränkt vor Ort verankert ist. Und das ist in weiten Teilen des Landes heute leider der Fall.

Derzeit arbeitet DIE LINKE im Bundestag u. a. an einem Positionspapier zur Entwicklung des ländlichen Raumes. Hierfür soll die Landtour wichtige Anregungen geben. Das im Grundgesetz formulierte Ziel der Schaffung gleicher Lebensbedingungen in ganz Deutschland darf nicht aufgegeben werden. Die Realität sieht jedoch anders aus: In vielen Gemeinden gibt es heute für die Menschen gerade mal noch eine Bushaltestelle. Andere Einrichtungen gibt es schon lange nicht mehr. In diesem Zusammenhang gilt es, die negativen Auswirkungen

des Bevölkerungsrückgangs, von Abwanderung, von Hartz IV oder der Gesundheitsreform mit den Betroffenen vor Ort zu diskutieren. Gemeinsam mit mir werden auch AnsprechpartnerInnen aus der Landtagsfraktion MV und den jeweiligen Kreisen zur Verfügung stehen. Der Tourenplan befindet sich derzeit in der Feinabstimmung und wird nach demnächst unter www.heidrun-bluhm.de im Internet bekanntgegeben. Es werden außerdem in den besuchten Dörfern und umliegenden Ortschaften Plakate ausgehängt. Ich freue mich auf den Besuch.

Bis dahin herzliche Grüße
Heidrun Bluhm, MdB

